



BürgerInneninitiative gegen ein Großbordell in Marburg-Wehrda

Oberhessische Presse vom 4.1.2006

LESERBRIEF OP 04. Jan. 2006

Zweifelhafte Entscheidung

Zur Berichterstattung über das geplante Bor- dell in Marburg:

Allmählich versteht man die Welt nicht mehr! Da beschert der Magistrat der Stadt Marburg Marburgs Bürgerinnen und Bürgern ein Großbordell zu Weihnachten, und mit auf dem Gabentisch liegt eine „Beratungsstelle für Prostituierte“, für die Herr Vaupel gleich Anfang 2006 die finanziellen Voraussetzungen mit einer „überplanmäßigen Ausgabe“ schaffen will.

Nun sollen also unsere Steuergelder für die zu erwartenden Folgen des Großbordells erhalten. Sicherlich sind diese auch schon für das von OB Vaupel in Auftrag gegebene Gutachten des Rechtsanwaltes Dr. Schallmacher in Anspruch genommen worden. Im Gegensatz dazu bezahlt die Bürgerinitiative gegen das geplante Bordell das von ihr in Auftrag gegebene Gutachten selbst. Herr Dr. Hauck-Scholz stellt darin nach Berichten in der Presse mehrere Möglichkeiten,

das Bordellprojekt zu verhindern, vor und weist Fehler in der Argumentation des von der Stadt in Auftrag gegebenen Gutachtens nach; zum Beispiel den, dass eine Diskothek wie der Funpark nur von Personen über 18 Jahren besucht werde und von daher die Frage nach dem Jugendschutz keinerlei Bedeutung hätte. Nicht nur der Rechtsanwalt, sondern alle Marburger Eltern von Jugendlichen wissen das besser! Wie können Oberbürgermeister und Magistrat einer Universitätsstadt die Bürgerinnen und Bürger für so dumm halten, dass denen nicht auffiele, dass bei der aus unerklärlichen Gründen 14 Tage lang geheim gehaltenen Entscheidung für das Bordell vieles nicht mit rechten Dingen zugeht?

■ *Anmerkung der Redaktion:*
Mit der heutigen Veröffentlichung beenden wir den Abdruck von Leserbriefen zum Thema Bordell in Marburg, nachdem viele Argumente ausführlich behandelt wurden.